

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Mehr Flora für lebenswertere Gemeinden

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass durch den Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten nicht nur mit einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen zu rechnen ist, sondern in den Sommermonaten auch mit einer Zunahme der extrem heißen Tage. Durch den gezielten Einsatz von Stadtgrün, durch Grün- und Blühflächen und gezielte Verschattung mittels Grün- und Blühpflanzen sowie Bäumen können positive Effekte auf den Temperatur- und Wasserhaushalt einer Stadt bzw. Gemeinde erzielt werden. Zudem steigen Wohlbefinden und Wohnwert für Bewohner wie Gäste, werden unsere Gemeinden insgesamt lebenswerter.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei geeigneten Neubau- und Sanierungsvorhaben des Landes Möglichkeiten der Fassaden- und Dachbegrünung und der - mit Blick auf das lokale Mikroklima - Bepflanzung von Freiflächen innerhalb des jeweils avisierten Kostenrahmens zu prüfen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Städte und Gemeinden beratend bei der Inanspruchnahme des Bundesprogrammes zur „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ zu unterstützen.
4. Der Landtag ermuntert die kommunale Ebene des Landes, im Rahmen der Stadtplanung Überlegungen zur Steigerung des Anteils von Grün- und Blühflächen in den Planungsprozess zu integrieren.

Thomas Krüger und Fraktion

Wolfgang Waldmüller und Fraktion

Begründung:

Bereits ohne Klimawandel sind dicht bebaute Innenstädte ohne hohen Anteil an Grün- und Blühflächen um drei Grad Celsius und mehr wärmer als vergleichbare Flächen im ländlichen Raum. Dieser urbane Wärmeinsel-Effekt sorgt bereits heute dafür, dass gerade im Hochsommer in dichter bebauten Gebieten die Zahl an Herz-Kreislauf-Vorfällen insbesondere bei älteren Bewohnerinnen und Bewohnern deutlich ansteigen. Vor den aktuellen Szenarien für die künftige Entwicklung des Klimas auch in Mecklenburg-Vorpommern ist davon auszugehen, dass dieser Wärmeinsel-Effekt noch deutlich anwachsen wird, damit auch das Gesundheitsrisiko insbesondere für ältere Mitmenschen.

Bepflanzte Grün- und Blühflächen (kein reiner Rasen) sind nachhaltig dazu geeignet, den urbanen Wärmeinsel-Effekt um ca. zwei Grad Celsius deutlich abzuschwächen. Hierfür sind, neben bestehenden Flächen für Parks oder Gärten, auch explizit Dachflächen oder Fassaden geeignet. Eine in den Spitzen abgemilderte Höchsttemperatur in den Sommermonaten trägt nachhaltig dazu bei, die Zahl von hitzebedingten Notfällen im medizinischen Bereich zu senken. Grün rettet perspektivisch Leben, spart gesellschaftliche Folgekosten und erhöht ganz nebenbei die Biodiversität.

Vor diesem Hintergrund ist eine deutlich stärkere Nutzung und Schaffung von Grün- und Blühflächen nicht nur in den dicht bebauten Innenstädten, sondern allgemein in allen Gemeinden anzustreben. Selbst ohne den perspektivischen Hintergrund der weltweiten Erwärmung sind diese Maßnahmen sinnvoll, erhöhen Grün- und Blühflächen doch deutlich die Attraktivität und den Wohnwert der jeweiligen Nachbarschaft. Die Bundesregierung hat mit dem „Weißbuch Stadtgrün“ eine gute Arbeitsgrundlage vorgelegt, wie ein erhöhter Anteil an Grün in unterschiedlichen Siedlungsstrukturen gut umsetzbar ist. Hinzu kommt, dass Grün- und Blühflächen, die sich am Bienenweidekatalog des Landes orientieren, eine sinnvolle Maßnahme des Insektenschutzes darstellen.

Mit dem Bundesprogramm zur „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ sollen konzeptionelle und investive Projekte mit hoher Wirksamkeit für Klimaschutz (CO₂-Minderung) und Klimaanpassung, mit hoher fachlicher Qualität, mit überdurchschnittlichem Investitionsvolumen oder mit hohem Innovationspotenzial gefördert werden. Die Bundesmittel aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ werden im Haushaltsjahr 2021 bewilligt und stehen in den Jahren 2021 bis 2024 zur Verfügung. Antragsberechtigt sind Städte und Gemeinden.

Die Landesregierung hat auf die kommunale Planung nur sehr begrenzt Einflussmöglichkeiten, möchte aber im Rahmen der eigenen Tätigkeit gern mit gutem Beispiel vorangehen und ermuntert die kommunale Ebene, den Aspekt von mehr Grün für unsere Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich ebenfalls aufzunehmen und umzusetzen.